

## Grußwort für das Saarland

**Albert Hettrich, Staatssekretär a.D. im Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft des Saarlands, Saarbrücken**

Ich freue mich sehr, heute noch einmal bei Ihnen am heutigen Steinkohlentag zu sein. Ich überbringe Ihnen herzliche Grüße unseres Ministerpräsidenten, der natürlich sehr gerne gekommen wäre. Aber Herr Schrimpf hat es schon gesagt: Heute ist bei uns die Wahl des Ministerpräsidenten – Vereidigung der neuen Regierung. Wie ich auch vorhin erfahren habe, ist der Ministerpräsident mit den Stimmen der neuen Koalition – der berühmten Jamaika-Koalition – gewählt worden. Ich denke, er wird im nächsten Jahr, wenn das die Zeit ermöglicht, wieder hier zugegen sein. Er war ja vor zwei Jahren auch da und ich denke, es ist guter Brauch, hier bei Ihnen zu sein an diesem wichtigen Tag.

Ich freue mich auch, Ihnen das Grußwort der saarländischen Landesregierung hier übermitteln zu dürfen. Das Motto der heutigen Veranstaltung „Globalisierung braucht Sicherheit“, denke ich, ist ein gut gewähltes Thema. Der Oberbürgermeister hat es schon angesprochen. Gerade angesichts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise brauchen wir verlässliche, energiepolitische Rahmenbedingungen und müssen auf einen Gleichklang der Ziele Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Sicherheit der Energieversorgung achten. Hierzu bedarf es ganz gewiss eines breit angelegten Energiemixes, der sich im Wettbewerb herausbildet. So dürfte es unstrittig sein, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung künftig weiter ansteigen wird und ansteigen muss.

Auf der anderen Seite werden wir auf Jahrzehnte hinaus natürlich angewiesen sein auch auf herkömmliche Großkraftwerke, auch auf fossiler Basis von Kohle, Gas und Öl. Und mich erfüllt es mit Sorge, wenn ich betrachte, wie manche Diskussion in der Republik verläuft, wo Projekte nicht mehr umsetzbar sind. Wir haben im Saarland vor zwei Jahren selbst leidvolle Erfahrungen gemacht mit einem großen Kraftwerkprojekt von RWE, das durch Bürgerentscheid letzten Endes gekippt worden ist. Wenn ich bedenke, dass gerade heute in der Wirtschaftskrise dort investiert werden würde, wenn man bedenkt, wie schwierig es ohnehin ist, zu neuen Investitionen zu kommen, dann muss man sich schon Sorgen machen, wenn man die Gesamtdebatte hier und da betrachtet. Ich

habe seinerzeit in vielen öffentlichen Veranstaltungen gesagt – und bin heftig beschimpft worden dafür – wir entwickeln uns immer mehr hin zu einer Verhinderungsgesellschaft, anstatt zu einer Gesellschaft, die Neues ermöglicht.

Ich glaube, das wird noch zu einer großen Debatte in Deutschland führen, denn wir brauchen Energie. Energie ist eine wichtige Grundlage, ein Schlüsselfaktor für industrielle Aktivitäten. Und ohne Industrie werden wir den Lebensstandard, den wir in Deutschland haben, nicht annähernd halten können. Deshalb denke ich, ist es wichtig, dass wir für einen solchen Energiemix kämpfen und auch dafür, dass wir entsprechend neue Kapazitäten auf den Markt bringen können.

Ich möchte es mir verkneifen, an dieser Stelle etwas zum Thema zu sagen, das der Oberbürgermeister angesprochen hat: Sockelbergbau oder ähnliches. Das wird ja Gegenstand der Revisionsklausel sein, die im Jahr 2012 diskutiert werden muss. Ich glaube, es wird noch eine große Diskussion werden. Da werde ich nicht mehr dabei sein. Ich werde dann an anderer Stelle arbeiten.



Es ist angesprochen worden: die Vereinbarungen aus den Jahren 2007 und 2008. Ich glaube, diese schwierigen Vereinbarungen haben aufgrund der doch relativ lang anhaltenden und schwierigen Gespräche unter allen Beteiligten – das empfinden Sie sicher alle so – ein Höchstmaß an Planungssicherheit gebracht – für die Mitarbeiter der RAG, für die Kraftwirtschaft, für die Bergbauzulieferer, aber auch für die vom Bergbau betroffene Bevölkerung in den Revieren. Mit dem Eckpunktepapier, der Rahmenvereinbarung, dem Erblastenvertrag, dem Stiftungsmodell, dem neuen Steinkohlefinanzierungsgesetz und nicht zuletzt der Verlängerung der Anpassungsgeldrichtlinien konnte ein anspruchsvolles und sorgfältig austariertes Gesamtpaket geschnürt werden. Alle, die dabei waren – ich war sehr häufig dabei – wissen, wie schwierig das gewesen ist. Wir werden dann sehen, wie es in den Diskussionen bis zum Jahr 2012 weitergehen wird.

Eine Bemerkung gestatten Sie sicherlich zur Situation an der Saar: Beim letzten Steinkohlentag vor zwei Jahren war die Situation dort noch deutlich anders. Damals ist in der Primsmulde abgebaut worden. Es gab eine Diskussion, wann man dort ein Ende erreichen würde und wann nicht. Es gab auch Diskussionen, kann man auch dort noch, wenn die Revisionsklausel es ermöglicht, eventuell weiter abbauen?

Mit dem 23. Februar 2008 war ein historischer Wendepunkt für den Saarbergbau erreicht. Die ausgelösten Erschütterungen im Feldesteil Primsmulde-Süd haben damals nicht nur zu einer unmittelbaren Gefährdung von Leib und Leben der Bevölkerung geführt, sondern auch zu sehr massiven Sachschäden. Alle, die vor Ort dabei waren – viele hier können sich das kaum vorstellen – wissen, dass wir kurz vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen standen. Man kann es kaum nachvollziehen, wenn man weiter weg gewesen ist. Infolge des Ereignisses musste der weitere Abbau des Bergwerks Saar auf die Flöze Grangeleisen und Wahlschied konzentriert werden. Wir haben dann seitens der Landesregierung gemeinsam mit dem Unternehmen RAG am 31. März 2008 eine Erklärung abgegeben, in der wir vereinbart haben, gemeinsam eine Lösung zu suchen, wie es an der Saar weitergehen kann. Das Unternehmen, die RAG, hat daraufhin Anfang Juni 2008 die sozialverträgliche Stilllegung des Bergwerks Saar und seiner Servicebereiche – soweit sie nicht für Nacharbeiten benötigt werden – zum 1. Juli 2012 verkündet. Mit diesem befristeten Restbergbau wurde eine gangbare, zumutbare Lösung gefunden, die ein sozialverträgliches Auslaufen des Saarbergbaus ermöglicht.

Ich glaube, heute kann man sagen, die Personalanpassung im Saarbergbau wird gelingen. In Tarif- und Betriebsvereinbarungen konnten Regelungen gefunden werden, die betriebsbedingte Kündigungen vermeiden, Löhne und Gehälter als Ausgleich für die geforderte Flexibilität absichern, die Anpassungsgeldberechtigung gewährleisten und Beschäftigungschancen durch Qualifizierung erhöhen.

Die von der Landesregierung initiierte TransFair-Stelle Bergbau Saar hat gemeinsam mit dem Unternehmen für die rund 400 jüngeren Mitarbeiter, die nur befristet beschäftigt waren oder welche die Anpassungsgeldberechtigung nicht mehr erreichen konnten, über 1 000 freie und in der Vermittlung zumutbare Stellen eingeworben. Auf dieser Basis ist es dem Mitarbeiter-Entwicklungs-Center der RAG

gelingen, einen Großteil der Jahrgangsbetroffenen in andere Arbeitsplätze zu vermitteln. Dies muss natürlich für die nächste Zeit noch fortgeführt werden.

Die auslaufforientierte Personalplanung der RAG und die tarifvertraglichen Regelungen sehen die Verlegung von rund 1 700 saarländischen Mitarbeitern nach Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2012 vor. Mit der Verlegung wird die Anpassungsgeldberechtigung der Beschäftigten sichergestellt. Die Landesregierung wird sich in jedem Fall dafür einsetzen, dass die Saarwirtschaft weiterhin Ersatzarbeitsplätze für vom Strukturwandel betroffene Mitarbeiter anbietet. Das wird nach wie vor eine sehr schwierige, eine sehr anspruchsvolle Aufgabe bleiben. Aus unserer Sicht – ich denke, das ist wichtig – sollte auch der Einsatz des Instruments der Arbeitnehmerüberlassung auf Zeit geprüft werden, ohne dass die Anpassungsgeldberechtigung der RAG-Beschäftigten verloren gehen würde. Ich denke, das wäre ein Instrument, welches an vielen Stellen vor Ort enorm weiterhelfen würde.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Auslaufen des Saarbergbaus ist der Abschluss der erforderlichen Genehmigungsverfahren, die naturgemäß jetzt im Fokus der Öffentlichkeit stehen, was natürlich auch mit dem Thema Wahlkampf sowie mit dem Thema Koalitionsvereinbarung zu tun hatte. Ich darf hier sagen, das was wir vereinbart haben, das wird so umgesetzt werden. Es gab noch mal Initiativen, das Ganze vor Mitte 2012 zu beenden. Wir haben dem nicht Rechnung getragen. Es gab auch noch mal ein entsprechendes Gespräch. Der Ministerpräsident hat vor einigen Tagen noch mal deutlich darauf hingewiesen: Es bleibt bei den Vereinbarungen, die wir geschlossen haben. Und die Dinge werden entsprechend umgesetzt werden. Auf dieses Wort können sich – das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen – alle im saarländischen Bergbau verlassen. Da wird es keine Abstriche geben.

Die zweieinhalb Jahre, die hier noch vor uns liegen, werden natürlich nicht einfach sein. Aber ich glaube, die politischen, die gesetzlichen und die unternehmerischen Weichen für eine sozialverträgliche Lösung sind gestellt. Ich denke, das wird auch unter Mitwirkung aller gut gelingen. Ich selbst, Herr Schrimpff hat es angesprochen, werde künftig nicht mehr dabei sein. Ich habe mich entschlossen, nach zehn Jahren das Amt nicht mehr fortzuführen und werde noch mal dorthin zurückkehren, wo ich im Jahr 1999 weggegangen bin, nämlich in die saarländische Stahlindustrie. Dort werde ich ab dem 1. Januar 2010 eine neue Tätigkeit aufnehmen.

Ich möchte Ihnen allen, die Sie hier sind, herzlich danken für die gute Zusammenarbeit. Das war in den zurückliegenden Jahren nicht immer einfach gewesen. Wir haben an vielen Stellen viele Diskussionen gehabt, Auseinandersetzungen in größeren, in kleineren Runden geführt. Aber ich glaube, es ist uns immer gelungen, in vollem Respekt voreinander letzten Endes Kompromisslösungen zu finden, die alle mittragen konnten und können. Und es ist auch oft gemeinsam gelungen, in schwierigsten Situationen vor Ort, wo die Emotionen sehr hoch gegangen sind, wo ich teilweise selbst Veranstaltungen nur unter Polizeischutz durchführen konnte, die Emotionen doch einigermaßen zu kanalisieren zu dem Ergebnis, das wir jetzt haben. Das war nicht einfach. Ich danke Ihnen allen sehr herzlich, wünsche Ihnen, dem deutschen Bergbau eine gute Zukunft und ein herzliches Glückauf!